

Wir müssen draußen bleiben

Nach dem erdemokratischen Gassenhauer »Kauf nicht bei Russen« legen die friedliebenden EU-Europäer mit »Lass Russen nicht ins Land« nach. Während die baltischen Staaten russischen Bürgern schon längst die Visa entzogen haben, macht jetzt auch Tschechien mit.

Denn wie die Wissenschaft unwiderlegbar bewiesen hat, sind Russen gar keine richtigen Europäer, auch wenn sie europäisch aussehen. Sie sind eher so etwas wie »Indianer«, nur in Weiß, belehrte uns Florence Gaub, ausgewiesene Rassen- und Russenexpertin vor nicht allzu langer Zeit bei »Markus Lanz«, also unbedingt nicht einreiseberechtigt. Als stellvertretende Direktorin des Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien weiß Gaub, wovon sie spricht.

Etwas »unglücklich formuliert« fand das die österreichische Rechtsanwältin Yara Hofbauer, denn so etwas wie europäisches Aussehen gäbe es ja gar nicht. Genau sowieso wie beispielsweise »chinesisches« oder »afrikanisches« Aussehen. Ob das ihr Landsmann aus Braunau, der größte Russenexperte aller Zeiten, genauso gesehen hätte? Worauf man sich wird einigen können: Das Erscheinungsbild der tendenziell hellhäutigen, blonden und blauäugigen ethnischen Russen entspricht nicht unbedingt dem eines mitteleuropäischen Prachtbauern wie Paul Breitner in seinen Zwanzigern.

Dusan Deak

Ab ins Licht

Der Louise-Otto-Peters-Preis der Stadt Leipzig geht in diesem Jahr an die Germanistin, Journalistin und Feministin Florence Hervé. Sie habe sich für die Rechte und die Sichtbarkeit von Frauen eingesetzt und dem Widerstand gegen Faschismus und Diktaturen gewidmet, teilte die Stadt am Donnerstag mit. Hervé, die auch für *JW* schreibt, wurde 1944 in Boulogne-sur-Seine nahe Paris geboren. Sie lebt und arbeitet seit Mitte der 60er Jahre in Deutschland. Seit 1975 engagiert sie sich in der europäischen und internationalen Frauenbewegung. Verliehen wird die Auszeichnung im Oktober im Alten Rathaus. Die mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung wird jährlich im Wechsel an eine Organisation oder eine Person vergeben. Der Preis ist nach der Schriftstellerin Louise Otto-Peters (1819–1895) benannt, die in Leipzig lebte und unter anderem Mitbegründerin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins war.

(dpa/*JW*)

Wie weiter mit dem »Russenfriedhof«?

Exhumieren, identifizieren, archivieren – und dann? Bremen streitet über den Umgang mit Überresten sowjetischer Zwangsarbeiter. Von Jörg Werner

Im Nordwesten von Bremen graben Archäologen auf der als »Russenfriedhof« bekannten Kriegsgräberstätte Reitbrake nach Überresten von sowjetischen Zwangsarbeitern. Diese waren hier verscharrt worden, nachdem sie sich in der Nähe zu Tode geschuftet hatten, verhungert oder auf andere Weise von den Nazis ums Leben gebracht worden waren. Was hier nach dem Ende der Grabung passieren soll oder muss, damit von einem angemessenen »Gedenken« an die Opfer gesprochen werden kann, dazu sind letztes Jahr in einem »Working Paper« der Universität Gießen juristisch weit interpretierte völkerrechtliche Anforderungen formuliert worden.

Darf hier, wohin die Opfer in Güterzügen gekarrt und später verscharrt wurden, der weltweit aktive französische Konzern Alstom ausgerechnet ein Wartungszentrum für Doppelstockzüge errichten, wie es auch der »rot-grünrote« Bremer Senat zu favorisieren scheint, vermutlich weil es Arbeitsplätze schafft? Oder könnte etwa die Idee der Landesarchäologin Uta Halle Gefallen finden, dass man mal Putin hierher schicken sollte, wie die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) am 3. August die Ausgrabungsleiterin wiedergab? Wie und mit welchem Ergebnis in Bremen-Oslebshausen ein »Kulturkampf ausgefochten« (SZ) wird, das wird letztlich wohl vom Engagement der Aktivistinnen vor Ort abhängen.

Dem Einsatz der Bürgerinitiative »Oslebshausen und umzu« und dem Bremer Friedensforum war es schon zu verdanken, dass es überhaupt zu der Ausgrabung kam. Mit akribischer Archivarbeit hatten sie nachgewiesen, dass keineswegs alle hier verbuddelten Leichen 1948 auf einen Friedhof in Osterholz umgebettet worden sein konnten. Aber die Bremer Initiatoren hatten noch eine weitere Idee: Sie hatten beim Franz von Liszt Institute for International and Comparative Law der Universität Gießen um eine juristische Einschätzung zu den zahlreichen strittigen Fragen, die sich in Oslebshausen stellen. Am Lehrstuhl des Völkerrechtsprofessors Thilo Marauhn erarbeiteten Studenten der International Humanitarian Law Clinic, betreut vom wissenschaftlichen Mitarbeiter Barry de Vries, ein Papier, das 2021 zu konkreten, vielleicht sogar zu wegweisenden Ergebnissen für die »Erinnerungskultur« kam. Auf dem Oslebshausener Areal wäre es danach nicht nur höchst unmoralisch,



PHOTO

Dicht an dicht: Gebeine der auf dem Bremer »Russenfriedhof« verscharrten Sowjetsoldaten

eine Bahnwerkstatt einzurichten. Nach den Schutzbestimmungen der Genfer Abkommen samt Zusatzprotokollen sei dies absolut unvereinbar mit dem Völkerrecht. Ein Befund, der den Bremer Senat bislang noch nicht zu überzeugen vermochte. Was aber für die Planung auch jeder anderen Kriegsgräberstätte außerhalb Bremens von größter Bedeutung ist: Der völkerrechtliche Schutz von Kriegsgräbern bedeute »eine über das Erinnerung hinausgehende Mahn- und Warnfunktion (...), die in Anbetracht vergangenen Leids künftiges Leid verhindern soll«, so Marauhn im Vorwort.

Das könnte freilich heißen, dass es bei Kriegsgräberstätten mit einem »stillen Gedenken und Erinnern« nicht mehr getan ist. Jedes Gedenkstättenkonzept könnte dazu angehalten sein, den Blick der Besucher sowohl auf vergangenes Leid als auch in die Gegenwart und die Zukunft, also auf aktuelles und künftiges Leid, zu lenken. Weil nur durch die unverblühte Darlegung der Bedingungen und Ursachen, wie es denn in diesem Land zu den faschistischen Menschheitsverbrechen kam, »künftiges Leid zu verhindern« ist, müsste dieser Erklärungsversuch auch zwingend die Täter einschließen – Anforderungen, die zum Beispiel auch

die Macher des strittigen 60-Millionen-Projektes »Stalag 326« von CDU und FDP im ostwestfälischen Stukenbrock zum Überdenken ihrer vielfach kritisierten Konzeption nötigen dürften.

Wem ein angedachtes großes Gedenkstättenkonzept für den Oslebshausener »Russenfriedhof« unverhältnismäßig erscheint, der sei daran erinnert, wie wenig die Realität auch in Bremen diesem Anspruch entspricht. Zwar hat sich Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) vielfach und überzeugend gegen Faschismus und Krieg gewandt. Und mit dem U-Bootbunker »Valentin« kann hier außerdem einer der bundesweit eindrucksvollsten »Denkorte« zur Erinnerung an Naziuntaten besucht werden.

Doch das hat zum Beispiel nicht verhindern können, dass die Bremer Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) wiederholt zu einer »Karl-Carstens-Rede« einzuladen pflegt. Prominente Redner sollen dabei Worte für die »große Bedeutung für (...) die deutsche wie auch europäische Demokratie« finden, die das Ex-NSDAP-Mitglied und frühere CDU-Bundespräsident erlangt haben soll – etwa durch seinen Einsatz im Auswärtigen Amt für die indonesische Suharto-Diktatur. Dass zudem

seine bronzene Büste im Rathaus die Jahrzehnte überdauert, wird standhaft und wertebasiert verteidigt: Carstens sei doch »nur« wegen der Zulassung zum juristischen Staatsexamen in die NSDAP eingetreten.

Für Bremen ist im Sommer 1943 der Aufenthalt von ca. 41.000 »Fremdarbeitern« nachgewiesen, 1944 waren über 38.000 »Zivilarbeiter« in 200 Lagern über das Bremer Stadtgebiet verteilt (davon 14.486 Personen, die als »Ostarbeiter« registriert waren), insgesamt 7,6 Millionen »Fremdarbeiter« mussten für das Deutsche Reich schuften, und ca. 2,5 Millionen sowjetische Kriegsgefangene kamen in deutschen Kriegsgefangenenlagern um. Da erscheint der Gedanke an die Planung eines größeren »Gedenkortes« in Oslebshausen nicht nur angemessen, sondern geradezu als Chance, die in der Gießener Expertise herausgearbeiteten völkerrechtlichen Anforderungen konkret umzusetzen. Dass dabei vor allem die beiden zivilgesellschaftlichen Initiativen einzubeziehen wären, versteht sich von selbst. Wer allerdings glaubt, bei dieser Gelegenheit auf »Butscha« und Putin verweisen zu müssen, der hat sich qua peinlichem Unwissen disqualifiziert.

Sprechen wir von Nutzen

Gewohnt reichhaltig: Am Wochenende beginnt das Musikfest Berlin

Das Berliner Musikfest bietet alljährlich heimische Orchester und Gastensembles auf. Der spätsommerliche Termin erwies sich als in gewissem Maße coronaresistent: In keinem Jahr musste das Festival ausfallen. Doch erzwang die Pandemie 2020 halbleere Säle, und noch 2021 gab es weniger Gastspiele als gewohnt. Doch nun wird alles nachgeholt. Endlich ist die bereits fürs Beethoven-Jahr geplante Aufführung der »Missa Solemnis« mit dem Orchestre Révolutionnaire et Romantique unter John Eliot Gardiner zu hören. Orchester aus den USA (Philadelphia, Cleveland), den Niederlanden (Concertgebouw Amsterdam, Rotterdams Philharmonisch Orkest), Großbritannien (London Symphony) und Italien (Accademia Nazionale di Santa Cecilia)

reisen an, zudem aus Deutschland das Gewandhausorchester Leipzig. Nachträglich wurde auch das Philharmonische Orchester Odessa ins Programm aufgenommen, die Ukraine darf nicht fehlen.

In der letzter Zeit wurde diskutiert, ob es denn ökologisch vertretbar sei, große Ensembles auf Tournee zu schicken. Leicht ließe sich einwenden, dass, verglichen mit 100 Milliarden für die Rüstung, der Schaden gering ist – aber helfen nicht dennoch auch kleine Einsparungen? Sprechen wir jedenfalls von Nutzen: vom Nutzen für die Orchester,

die während der gemeinsamen Reise ihre Gemeinschaft entwickeln, dabei ihr Zusammenspiel in immer neuen Räumen üben müssen, und vom Nutzen fürs Publikum, das, ohne zu reisen, verschiedene Klangvorstellungen wahrnehmen kann. Dieser Luxus ist erfreulich, zumal es für mehrere der Konzerte noch bezahlbare Karten gibt.

Die Schwerpunkte des diesjährigen Programms sind vielleicht weniger deutlich als die in manchen früheren Jahren. Es gibt viel spätromantische Sinfonik: vier der Sinfonien Gustav Mahlers, dazu neben Sibelius' Siebter auch

unbekanntere Werke wie die Zweite von Willem Pijper sowie das monumentale Klavierkonzert von Ferruccio Busoni. Die Musik des 20. und frühen 21. Jahrhunderts ist, wie gewohnt, reichhaltig vertreten: wie beim Musikfest üblich, mit Wolfgang Rihm, aber auch mit je mehreren Kompositionen von Iannis Xenakis und Liza Lim. Traditionelles steuert das National Gugak Center aus Seoul bei, das eine koreanische Ahnenzeremonie der Vormoderne in den Konzertsaal zu übertragen versucht.

Kai Köhler

■ kurzlink.de/MusikfestBerlin2022